

Gnadenlose Ausbeutung

*W*ieder einmal war sich Ulla Schmidt selbst für die dreistesten Verdrehungen nicht zu fein. Es gehe für die Ärzte doch nur um 158 Euro, hat sie gesagt. Als trotz Unterschlagung der ohnehin erbärmlichen Grundlohnsteigerung sowie von Arztlahlzuwachs, Betriebsausgaben-Explosion und Inflationsrate selbst in der BMG-Schönrechnung immer noch fast 2.000 Euro Verlust pro Arzt zu Buche standen, hat sie den Hinweis eines Mitarbeiters dankbar aufgegriffen: Geteilt durch zwölf Monate hört es sich fast so an, als müssten die Ärzte doch nur auf einen Opernbesuch oder einen Familien-Ausflug zum Kirmesrummel verzichten.

Wer so maßlos lügt und die Öffentlichkeit über den Verfall der Kassenmedizin hinwegtäuscht, dem kann man nur wünschen, dass sich Horst Seehofers Prognose möglichst bald erfüllt: dass nämlich Ulla Schmidt die erste Ex-Ministerin der zweiten Regierung Schröder sein wird.

Allerdings: Wen auf Ärzteseite das Honorardiktat und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Zerfalls der Kassenmedizin überrascht, der hat bislang offenbar gesundheitspolitischen Tagträumen hinterher gegangen. Denn es war so sicher wie das Amen in der Kirche, dass erstens den Kassen das Geld ausgehen und dass man zweitens die Kassenärzte dafür zur Ader lassen würde.

Daher ist der politische Kampf der Ärzteschaft zweischneidig. Denn selbst wenn es mit massivem Mitteleinsatz zu marginalen Erfolgen im Kampf gegen das Ausbluten des Kassenmedizin kommt, so verzögert dieser Kampf doch nur den notwendigen Bewusstseinsprozess in den Köpfen von Ärzten, Patienten und Politikern: Dass nämlich das System des fortgesetzten Selbstbetrugs in seine finale Phase gekommen ist und dass nur das geleistet werden kann, was auch bezahlt wird. Diese Erkenntnis ist sicher die schwerste Herausforderung für das ärztliche Selbstverständnis, aber sie ist gleichzeitig auch die schärfste Waffe im politischen Kampf der Ärzteschaft gegen die gnadenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Und die Bürger, die Versicherten? Alle Umfragen zeigen, dass sie bereit wären, für eine Vermeidung gesundheitlicher Rationierung auch höhere Beiträge zu zahlen. Aber sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die reaktionärsten Elemente unserer Gesellschaft, also die Gewerkschaften, werden erfolgreich verhindern, dass sich dieser Bürgerwille durchsetzen kann. Daher sollten sich auch die Ärzefunktionäre von solchen Wunschbildern lösen, um einen klaren Blick zu bekommen für die künftige Ausgestaltung der unterschiedlichen medizinischen Versorgungsklassen.

Denn die rot-grüne Chaos-Politik hat dafür gesorgt, dass die Wohlstandsgesellschaft in Deutschland definitiv überwunden wurde. Auf Sicht von mindestens 20 Jahren wird die Finanzmisere der Krankenversicherung Jahr für Jahr größere Ausmaße annehmen. Voraussetzung für das Überleben der Medizin unter solchen Umständen ist, dass sie sich definitiv aufspaltet: in die gesetzliche Basisversorgung einerseits und die individuell optimierte Versorgung andererseits.

Der Zweite Gesundheitsmarkt jenseits der Kassenmedizin ist daher heute für die niedergelassenen Ärzte mehr als nur eine Option: Er ist ihre einzige Chance – wirtschaftlich und politisch.